

RATHAUSREPORT

Sicherheit für das Rechenzentrum!

Scharfenberg: Stadt soll jetzt Klarheit schaffen

Die Stadtverordneten hatten klar votiert und ein Szenario-Workshop zur Zukunft eines Kreativquartiers auf der Plantage war mit einem einhelligen Ergebnis aller Beteiligten ausgegangen. Umso mehr Empörung hatte in der Öffentlichkeit – und auch in der letzten Stadtverordnetenversammlung die Entscheidung des Kuratoriums der Garnisonkirchen-Stiftung hervorgerufen, einer Verlängerung der Mietverträge im Rechenzentrum nur für 1-2 Jahre zuzustimmen. In der letzten Woche nun legte die Stiftung offen, was eigentlich ohnehin offensichtlich war: die Bauarbeiten am Turm der Garnisonkirche sind inzwischen so weit in Verzug, dass eine Fertigstellung vor Ablauf der Baugenehmigung nicht mehr zu schaffen ist. Deswegen hat die Stiftung bereits einen neuen Bauantrag gestellt. Darüber informierte der Oberbürgermeister in seinem Bericht auf Bitte der LINKEN. Und er kündigte auch an, dass die Verwaltung in der Juni-Sitzung eine Beschlussvorlage einreichen will, in der die Ergebnisse des Szenario-Workshops nunmehr in konkrete Arbeitsschritte bis zur Realisierung eines Kreativzentrums gegossen werden sollen. Eine Entscheidung über die Verlängerung der Mietverträge bis 2023 stellte er allerdings erneut erst für die Herbstsitzung des Stiftungskuratoriums in Aussicht. Zu spät für die Künstler, wie Hans-Jürgen Scharfenberg im Plenum kritisierte – auch, wenn man



sich möglicherweise auf Übergangsregelungen einigen könne, wie der OB in Aussicht stellte. Hans-Jürgen Scharfenberg brachte es in der Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters deswegen noch einmal auf den Punkt: Die Stadt hat es in der Hand, auch jetzt schon für Klarheit zu sorgen. Denn an der Vertragskonstruktion zum Rechenzentrum ist die Stiftung Garnisonkirche gar nicht beteiligt. Die Stiftung SPI betreibt das Haus – im Auftrag der Stadt. Und die Stiftung SPI schließt die Mietverträge mit den Künst-

lern. Würde die Stadt ihrer Betreiberin SPI einen klaren Auftrag erteilen, könnte diese die Mietverträge verlängern. Die Stiftung müsste sich dann gegen eine solche Maßnahme wehren. Da spätestens mit dem neuen Bauantrag klar ist, dass die Fläche des Rechenzentrums bis 2023 definitiv nicht in Anspruch genommen werden kann, wäre das wohl endgültig niemandem mehr vermittelbar. Der Oberbürgermeister hat es in der Hand, Planungssicherheit für die Nutzer*innen des Rechenzentrums zu schaffen – schon jetzt!

Mit auf den Weg...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

Nach rekordverdächtigen zwei Stunden war die Tagesordnung der Plenarsitzung mit knapp 50 Tagesordnungspunkten ohne größere Auseinandersetzungen abgearbeitet. Auffällig war, dass die Stadtverordneten zum wiederholten



Mal nur ein geringes Fragebedürfnis hatten. So gab es in der Fragestunde lediglich drei Anfragen, die wieder alle von Stadtverordneten der Linksfraktion gestellt wurden. Angesichts der vielfältigen Probleme in der Stadt ist diese Entwicklung kaum zu verstehen, denn mit mündlichen Anfragen kann man eigentlich schnell und unkompliziert wichtige Informationen vom Oberbürgermeister oder den Beigeordneten abfordern. Auch der Bericht des Oberbürgermeisters war eher unspektakulär, bis auf den von uns abgeforderten Stand zum Rechenzentrum. Wir werden nicht lockerlassen, bis die Mietverträge mit den Nutzern des Rechenzentrums bis 2023 verlängert sind. Im Zusammenhang mit der Einbringung des Bebauungsplanes Babelsberg Süd bekräftigte der Baubeigeordnete, Herr Rubelt, auf unsere Bitte hin, dass die Stadt alle Anstrengungen zur Sicherung der Kleingartenanlage Angergrund unternehmen wird. Wir stehen an der Seite der Kleingärtner, die sich dem Verwertungsdruck nicht beugen und sich nicht vertreiben lassen wollen. Für mehr Bürgernähe setzt sich die Linksfraktion auch mit ihrem Antrag ein, künftig in allen sechs Sozialräumen der Stadt einmal im Jahr eine Einwohnerversammlung durchzuführen, in der der Oberbürgermeister und Beigeordnete informieren und sich den Fragen und Problemen der Einwohner stellen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Für eine sichere Zukunft der Kreativen im Rechenzentrum

Der Workshop zum Rechenzentrum war ein großer Erfolg! Breite Beteiligung, ernsthafte Debatten, ein von gegenseitiger Wertschätzung getragener Findungsprozess waren kennzeichnend. Aus diesem Prozess folgte die lo-



gische Quintessenz: Bis 2023 soll die Arbeit im Rechenzentrum, die mit großer Ausstrahlung nach innen und nach außen läuft, gewährleistet sein. Das ist die folgerichtige Perspektive. Die Stiftung Garnisonkirche beschloss, dass für eine Duldung des Nachbarn ein bis zwei Jahren vorgesehen wären. Das kann natürlich für dieses öffentlich hoch angesehene Projekt mit eloquenten Kreativen keine Option sein! Das sind schlechte Bedingungen für Mietrinnen und Mieter im Rechenzentrum, die damit unter Druck gesetzt werden.

Wir brauchen eine Aufgeschlossenheit für die sichere und verbindliche Nutzung bis 2023. Diesen klaren Auftrag hat der Oberbürgermeister als Mitglied des Kuratoriums der Garnisonkirche von der Stadtverordnetenversammlung erhalten.

Mitte Mai muss klar sein, wohin die Reise für ein zukunftsfestes Rechenzentrum steuert. Vorstellungen für einen realistischen Fahrplan müssen die Grundlage für den kontinuierlichen Weiterbetrieb des Rechenzentrums bis 2023 sein.

*Dr. Karin Schröter
Kulturpolitische Sprecherin*

Landesentwicklungsplanung wird überarbeitet

Die Landesregierung überarbeitet derzeit den sogenannten Landesentwicklungsplan (Hauptstadtregion), der sich auf das Berliner Umland und damit natürlich auch Potsdam bezieht.

Diese Planung setzt den Rahmen, innerhalb dessen die Kommunen ihre Entwicklung vorantreiben, also beispielsweise neue Wohn- und Siedlungsareale oder Gewerbegebiete ausweisen können. Zu dem von der Landesregierung vorgelegten Entwurf können die Kommunen Stellungnahmen abgeben, wovon die Stadtverordneten in der Mai-Sitzung Gebrauch machten. Kritisch aus Sicht der Landeshauptstadt wird vor allem die Ausweisung von Siedlungspotenzialen in und um Potsdam gesehen. Die im Entwurf der Landesplanung enthaltenen Flächen in der Bornimer Feldflur sowie nördlich der Lindenallee sind wichtige Bestandteile der Potsdamer Kulturlandschaft und deshalb

für eine Entwicklung als Siedlungsflächen nicht geeignet. Die aus Potsdamer Sicht besser geeigneten Entwicklungspotenziale der Ortsteile – so in Marquardt oder Fahrland, die beide über ausbaufähige oder geplante Schienenanbindungen auch gut in das ÖPNV-Netz eingebunden sind, werden derzeit (noch) nicht ausreichend berücksichtigt.

Begrüßt wird in der Stellungnahme ausdrücklich die Planung, neue Siedlungsflächen vor allem entlang der Schienentrassen aus Berlin heraus zu erschließen. Hier sollen die Verkehre verdichtet werden, um den ÖPNV leistungsfähiger zu gestalten. Allerdings sieht die Stadt auch ein zusätzliches Potenzial entlang des Berliner Außenrings. Dessen stärkere Berücksichtigung könnte die Vernetzung Potsdams mit den Nachbargemeinden im Berliner „Speckgürtel“ stärken helfen.

Fragen – Antworten

Berufsbegleitende ErzieherInnen-ausbildung auch in Potsdam

Kitaträger haben zunehmend Schwierigkeiten, genügend Personal für ihre Einrichtungen zu gewinnen. Die Stadt Werder hat angekündigt, ab 2019 eine berufsbegleitende Ausbildung für QuereinsteigerInnen anteilig mitzufinanzieren. Der Oberbürgermeister Jann Jakobs informierte in seiner Eigenschaft als Präsident des Städte- und Gemeindebundes, dass im Rahmen der Tarifverhandlungen erreicht wurde, dass nun auch eine ErzieherInnen-Ausbildung im dualen System möglich werden soll. Jana Schulze wollte deshalb für DIE LINKE. wissen, ob auch in Potsdam über Modelle nachgedacht werde, sich an der Ausbildung zu beteiligen. Der Sozialbeigeordnete Mike Schubert teilte mit, dass eine solche kommunale Beteiligung derzeit nicht geplant sei. Das Thema solle allerdings beim Runden Tisch Kita mit dem MBS auch von den Potsdamer Vertretern erneut aufgegriffen werden. Das Werderaner Modell ist aus Schuberts Sicht in Potsdam vor allem deshalb nicht praktikabel, weil Potsdam keine kommunalen Kitas betreibt. Beschlussfassung zum lokalen Teilhabeplan Bereits 2016 hatte die SVV die regelmäßige Fortschreibung des lokalen Teilhabeplans in einem 5-Jahres-Rhythmus beschlossen, beginnend in 2017. Zwischenzeitlich wurde der Entwurf der Fortschreibung in einem Werkstattverfahren und einer Inklusionskonferenz mit Akteuren aus der Stadt dis-

kutiert. Jana Schulze (DIE LINKE.) wollte nun in Erfahrung bringen, ob und wann der Entwurf der SVV zur Beschlussfassung vorgelegt wird

Mike Schubert kündigte eine entsprechende Beschlussvorlage nunmehr für den Herbst 2018 an. Die Verzögerung gegenüber dem ursprünglichen Zeitplan begründete er mit der erforderlichen Abstimmung der Entwurfsfassung zwischen den Geschäftsbereichen und der Klärung der Finanzierung der enthaltenen Maßnahmen.

Baugenehmigung Garnisonkirchturm

In der vergangenen Woche war öffentlich geworden, dass die Stiftung Garnisonkirche für die Errichtung des Turms eine neue Baugenehmigung beantragt hat, weil der letztmögliche Fertigstellungstermin nach der bestehenden Baugenehmigung im Jahr 2020 nicht mehr zu halten ist. Karin Schröter (DIE LINKE.) wollte von der Verwaltung wissen, welche Kriterien für eine Verlängerung der Baugenehmigung nun eingehalten werden müssen. Der Baubeigeordnete Bernd Rubelt erläuterte, dass eine Verlängerung der bestehenden Baugenehmigung nach der Brandenburgischen Bauordnung nicht vorgesehen und möglich sei. Es besteht diesbezüglich auch kein Ermessensspielraum für die Verwaltung. Das heißt in der Konsequenz, dass das Genehmigungsverfahren mit allen erforderlichen Prüfungen komplett neu durchlaufen werden muss. Bei der Prüfung werden alle aktuellen, jetzt gültigen

Vorschriften zugrunde gelegt, nicht der Stand zur erstmaligen Erteilung der Baugenehmigung. Für die Einhaltung all dieser Vorgaben sei ausschließlich der Bauherr verantwortlich, bestätigte Rubelt auf die entsprechende Nachfrage von Hans-Jürgen Scharfenberg.

Beschlossen

Drei-Jahres-Verträge für Freie Träger der Kultur

Freie Kulturträger sind aufgrund ihres Zuschussbedarfs in hohem Maße von städtischen Haushaltsentscheidungen abhängig. DIE LINKE. hatte deshalb schon vor längerer Zeit durchgesetzt, dass diese mindestens mit Drei-Jahres-Verträgen ausgestattet werden sollen, um die Planungssicherheit zu erhöhen. Mit dem aktuellen Antrag wollten Kulturausschuss-Vorsitzende Karin Schröter und die Linksfraktion den Oberbürgermeister nun beauftragen, dieses Anliegen mit Blick auf den kommenden Doppelhaushalt umzusetzen. Der Finanzausschuss intervenierte hier und wollte noch einmal prüfen lassen, ob und für welche Träger überhaupt eine solche Vertragsgestaltung künftig greifen soll. Karin Schröter widersprach dem im Plenum erfolgreich. Der Oberbürgermeister muss nun in Erfüllung dieses Auftrags berichten, wie die künftig dreijährige Vertragslaufzeit umgesetzt werden kann. Der so geänderte Antrag wurde von einer breiten Mehrheit beschlossen.

Konzeption von Sträuchern und Gehölzen Bäume werden in Potsdam über die kürzlich novellierte Baumschutzverordnung geschützt. Aber auch Sträucher und Gehölze haben eine wichtige Funktion in städtischen Gebieten. Mit ihrem Antrag hatte DIE LINKE. deshalb gefordert, eine Übersicht derartiger Bewuchsflächen im Stadtgebiet zu erarbeiten und Vorschläge zu einem besseren Schutz, beispielsweise vor zu starkem Rückschnitt oder Rodung zu erarbeiten. Dies soll nach dem Willen des Umwelt-Ausschusses nun im Rahmen der Teilnahme am Programm „Stadtgrün-Naturnah“ geschehen. Die SVV beschloss diesen Antrag. Berichtet werden muss zu diesem Anliegen wieder in der Novembersitzung der SVV.

Überwiesen

Regelmäßige Einwohnerversammlungen in den Sozialräumen

DIE LINKE. setzt sich seit Jahren konsequent für Bürgerbeteiligung ein. Mit diesem Antrag unternimmt sie einen neuen Anlauf, jährliche Einwohnerversammlungen in den Stadttei-

len zu etablieren. Einen solchen Antrag habe man vor 15 Jahren schon einmal gestellt, erinnerte Fraktionschef Hans-Jürgen Scharfenberg bei der Einbringung. Damals sei er noch abgelehnt worden - seitdem sei jedoch viel passiert. Heute ist Potsdam bei der Bürgerbeteiligung deutlich weiter, hat Instrumente wie den Bürgerhaushalt und die Werkstatt für Beteiligung als professionellen Begleiter von Beteiligungsprozessen etabliert. Diese werden gut angenommen und haben sich als wirksam erwiesen. Einwohnerversammlungen zur regelmäßigen und kontinuierlichen Beteiligung der Potsdamerinnen und Potsdamer auch an Querschnittsthemen sind nun ein folgerichtiger nächster Schritt. Der Antrag wurde in den Hauptausschuss verwiesen, wo man sich zur konkreten Ausgestaltung verständigen will.

Grünkonzept für Hermannswerder

Zuletzt hatte in Hermannswerder die Diskussion um das Inselwäldchen an der Fährlinie für Unruhe gesorgt. DIE LINKE. fordert nun in einem Antrag, den Ralf Jäkel für die Fraktion einbrachte, ein Grünkonzept für die Halbinsel. Es gehe nicht darum, das Rad neu zu erfinden, betonte Jäkel bei der Einbringung. Vielmehr sollen die schon bestehenden Festlegungen und Planungen, z.B. auf dem Areal der Hoffbauer-Stiftung und den anderen Bereichen in einem einheitlichen Konzept zusammengeführt werden. Die Verwaltung soll dieses Konzept im Bau- und im Umweltausschuss vorstellen. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung jedoch zunächst in eben diese Ausschüsse überwiesen und wird im Juni erneut aufgerufen.

1. Juni - Kindertag 2019

DIE LINKE. fordert eine Initiative der Stadt, um am Kindertag 2019, der 1. Juni fällt im kommenden Jahr auf einen Samstag, kulturelle Angebote für Familien und Kinder zu öffnen und so für ein vielfältiges stadtweites Programm zu sorgen. Die traditionellen Feste, Mal- und Bastelangebote sollten damit nicht ersetzt oder verdrängt werden, sagte Karin Schröter, Vorsitzende des Kulturausschusses bei der Antragseinbringung. Vielmehr gehe es darum, diese Angebote mit Unterstützung der Kulturträger, Museen und Einrichtungen um ein buntes Programm auf freiwilliger Basis zu ergänzen. Damit solle kulturelle Bildung in den Mittelpunkt gestellt werden und Angebote bekannter werden, die sonst vielleicht nur ein kleineres Publikum erreichen. Auf Antrag der SPD wird dieser Antrag nun noch einmal im Kultur- und im Jugendhilfe-Ausschuss beraten. Eine Berichterstattung in der SVV soll im November erfolgen.

Kritische Worte des Behindertenbeauftragten

In dieser Sitzung nahm die SVV auch den jährlichen Bericht des Behindertenbeauftragten der Stadt, Christoph Richter, entgegen. Dieser fiel in diesem Jahr durchaus kritisch aus. Schwerpunkte des Berichts waren die Themen ÖPNV, Sport und der Prozess zur Bildung des neuen Behinderten-Beirats. Im ÖPNV komme man beim Thema Barrierefreiheit nicht ausreichend voran, kritisierte Richter in seinen Ausführungen. Die Beschaffung barrierefreier Fahrzeuge bleibe weit hinter den tatsächlichen und gesetzlichen Erfordernissen zurück. Nach bundesgesetzlicher Vorgabe müsste der ÖPNV bereits 2022 komplett barrierefrei sein. Diese Vorgabe sei in Potsdam in keinem Fall einzuhalten. Dieser Aufgabe müsse in der künftigen Nahverkehrsplanung unbedingt ein größeres Augenmerk eingeräumt werden. Die dafür nötigen Investitionsanstrengungen stehen aber eben auch in Konkurrenz zu den umfangreichen Erweiterungen des Streckennetzes in der wachsenden Stadt. Es wird darauf ankommen, beide Anliegen in Übereinstimmung zu bringen.

Ebenfalls längst nicht ausreichend seien die Möglichkeiten sportlicher Betätigung für Menschen mit Beeinträchtigungen. Viele Vereine bemühen sich um geeignete Angebote, die technischen und räumlichen Gegebenheiten setzen aber häufig enge Grenzen hinsichtlich der Möglichkeiten. Passend zum Thema beschlossen die Stadtverordneten in ihrer Sitzung auch einen Antrag der Grünen unter dem Titel „Halle für alle“, der zeitnah den Neubau oder die Sanierung zumindest einer Sporthalle in Potsdam so ermöglichen soll, dass sie für den Rollstuhlsport nutzbar wird.

Nach dem Rücktritt des letzten Behindertenbeirats war ein längeres „Vakuum“ entstanden. Nun ist jedoch ein neuer Beirat gewählt und hat die Arbeit auch aufgenommen. Jana Schulze (DIE LINKE.) äußerte in der anschließenden Diskussion den Wunsch, dass künftig auch der Behindertenbeirat selbst wieder Bericht in der SVV erstattet.



Sitzungen der Fraktion DIE LINKE Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107;
Beginn jeweils 18 Uhr
28. Mai 2018; 04.; 11. und 18. Juni 2018

41. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Stadthaus, Plenarsaal
06. Juni 2018, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen Rathausreport Live

10. Juni 2018, Beginn 10 Uhr
Burgstraße 1; Clubraum (7. Etage)
14469 Potsdam

Ausgabe des „Rathausreport“ Nummer 5/2018

Stadthaus, Raum 3.107
15. Juni bis 19. Juni 2018 (außer Sonnabend
und Sonntag)

Info-Stände in den Stadtteilen:

15. und 16. Juni 2018
Mit Ausgabe des aktuellen Rathausreport
und Informationen zu den Ergebnissen
der Stadtverordnetenversammlung am
06. Juni 2018

Bürgersprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (Mdl) und Fraktionsvorsitzender

Am 17. Mai 2018 ab 17 Uhr
im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39,
Bürgerhaus Stern*Zeichen
Vor Anmeldungen sind möglich und er-
wünscht unter: Telefon: 0331-6005069
oder Email: buero.scharfenberg@gmx.de

Ausblicke im „Urwaldblick“

Am Sonntag, 6. Mai, ging es zum Frühschoppen „Rathausreport live“ ins Restaurant „Urwaldblick“ an der Biosphäre Potsdam. Trotz strahlendem Sonnenschein hatten sich neben Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg und seine Fraktionsmitstreiterin und -geschäftsführerin Dr. Sigrig Müller noch weitere 19 BürgerInnen eingefunden. Darunter auch die Vertreterin der Interessengemeinschaft Bornstedter Feld, Friederike Hanisch, der Geschäftsführer des Entwicklungsträgers Borstadter Feld, Volker Theobald sowie der neue Stadtteilkoordinator Christian Kube. Genug Power also, um die Probleme von vor Ort beantworten zu können. Herzlich begrüßt wurden auch die ehemalige Oberbürgermeisterin Pots-



dams, Brunhilde Hanke und die LINKE OB-Kandidatin für 2018, Martina Trauth. Themen waren im 1. Teil jedoch erst einmal die Schwerpunkte der 40. SVV. So u. a. „Dreijahresverträge für freie Kulturträger“; „Schutz von Sträuchern und Gehölzen“; „Grünkonzept für Hermannswerder“ sowie „Einwohnerversammlungen in den Stadtteilen.“ Was in der SVV dazu behandelt wurde und welche Ergebnisse herauskamen lesen Sie im Innenteil dieser Zeitung. Blicke erstens nur hinzuzufügen, dass Martina Trauth gerade das Gewicht der Einwohnerversammlungen in allen Stadtteilen hervorhob. „Mit dem dort erworbenen Wissen und den Erkenntnissen ist eine Stadt einfach besser zu regieren,“ so Martina Trauth. In einem zweiten Teil, der ebenfalls traditionell an den Ort des Frühschoppens „gebunden“ war, standen solche Fragen bzw. Problemkreise im Mittelpunkt wie das Bornstedter Feld, die Biosphäre und der Volkspark – wohin muss die Entwicklung gehen? Zu Beginn dieser Runde unterstrich Scharfenberg, dass das Bornstedter Feld nur einen solch erfolgreichen Weg nehmen konnte, weil die Bundesgartenschau 2001 in unserer

Stadt angesiedelt war. Doch weiter ging es um die Zukunftsfragen. Einige BürgerInnen legten den Finger in die Wunde von geplanten „Verkleinerungen des Volksparks“ zugunsten von weiterem Wohnungsbau. Hier waren sich eigentlich alle Gäste in ihrer Ablehnung einig. Friederike Hanisch appellierte an die Fraktion DIE LINKE: Bitte lassen sie den Volkspark nicht verkleinern. Und helfen sie, dass die Biosphäre erhalten bleibt. Brun-

hilde Hanke, die seit rund zwei Jahren in diesem Stadtteil lebt, forderte ebenfalls: Der Volkspark muss in seiner heutigen Form erhalten bleiben. Volker Theobald verwies jedoch auf die steigenden Bedarfe bei Kita-Plätzen; Jugendfreizeiteinrichtungen, Bürgertreff und, und. Der Geschäftsführer machte deutlich, dass jedoch letztlich eine grundsätzliche Entscheidung der Politik her müsse. Stadtteilkoordinator Christian Kube, der am 24. Mai 2018 seinen „Stadtteilladen“ in der Georg-Hermann-Allee 27 eröffnen wird, betonte u. a.: „Lokalpolitik und Verwaltung haben offensichtlich gemerkt, dass in Bornstedt etwas passieren muss, und durch Anträge und die Bereitstellung finanzieller Ressourcen diesen Ort der Begegnung möglich gemacht.“

Hans-Jürgen Scharfenberg schloss schließlich mit dem Dank an alle Gäste für die rege Diskussion. Er versprach, dass seine Fraktion nun weiter an den Fragen und Problemen steuernd dran bleiben werde. Und er appellierte an alle Teilnehmer, dass bei weiteren Bürgerbeteiligungen immer im gesamtstädtischen Maßstab zu denken und zu handeln sei. -bm

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam